

### Dealignment und Nichtwahl in Deutschland: Der Effekt einer fehlenden Parteibindung auf die Nichtwahlwahrscheinlichkeit bei den Arbeitern und den anderen Berufsgruppen

Althoff, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Althoff, M. (2017). Dealignment und Nichtwahl in Deutschland: Der Effekt einer fehlenden Parteibindung auf die Nichtwahlwahrscheinlichkeit bei den Arbeitern und den anderen Berufsgruppen. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP)*, 23(1), 15-24. <https://doi.org/10.24338/mip-201715-24>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

## Dealignment und Nichtwahl in Deutschland

### – Der Effekt einer fehlenden Parteibindung auf die Nichtwahlwahrscheinlichkeit bei den Arbeitern und den anderen Berufsgruppen –

Dipl.-Soz. Martin Althoff<sup>1</sup>

#### 1. Einleitung

Die Bundesrepublik Deutschland galt lange Zeit als das Vorzeigeland für eine hohe Wahlbeteiligung. Nach Ende des zweiten Weltkrieges und bis in die Etablierung der Demokratie in den 1970er Jahren lag die Beteiligung bei Bundestagswahlen bei knapp 90 Prozent. Seit Mitte der 1980er Jahre sind die Beteiligungsraten bei deutschen Bundestagswahlen rückläufig. Gaben 1983 noch knapp 90 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, erreichte die Wahlbeteiligung von 2009 und 2013 mit ca. 70 Prozent ihren bisherigen Tiefpunkt (Lamers und Roßteutscher 2014). Da die Stimmabgabe für die meisten Bürger die einfachste und einzige Form der politischen Partizipation darstellt und die meisten Nichtwähler in der unteren sozialen Schicht zu finden sind (Schäfer 2011), ist ein hoher Anteil an Nichtwählern demokratietheoretisch höchst alarmierend (Lijphart 1997). Bis heute ist sich die Politikwissenschaft über die Gründe des deutlichen Rückgangs uneins. Hierzu gibt es eine Vielzahl konkurrierender Erklärungsversuche, welche verschiedene Annahmen über die Wahlenthaltung in der unteren sozialen Bevölkerungsschicht treffen (Gallego 2009).

Anhänger von Mobilisierungstheorien sehen fehlende Mobilisierungsprozesse von politischen Parteien verantwortlich (Rosenstone und Hansen 1993a). Sie vermuten, dass gesellschaftliche Wandlungsprozesse die traditionellen Bindungen zwischen linken Parteien und der meist bildungsschwachen Arbeiterschicht aufgeweicht haben. Eine fortschreitende De-Industrialisierung, der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft und die fortschreitende Positionierung zur politischen Mitte (ehemals) linker Arbeiterparteien (Debus und Müller 2013) haben zu einer zunehmenden Orientierungslosigkeit und einem Dealignment dieser großen Bevölkerungsgruppe geführt. Arzheimer (Arzheimer 2006) kann ein Dealignment bestätigen, macht aber leider keinerlei Aussagen über den Effekt auf die (sinkende) Wahlbeteiligung in Deutschland.

<sup>1</sup> Der Verfasser ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

An diesem Punkt setzt dieser Beitrag an. Es wird argumentiert, dass für den Rückgang der Beteiligung bei Bundestagswahlen ein Rückgang der affektiven Parteibindungen in der Arbeiterschicht verantwortlich ist. Sind die emotionalen Bindungen nicht mehr oder nur noch in abgeschwächter Form bei den Wahlberechtigten vorhanden, tendieren diese zu Nichtwahl. Für die Argumentation werden die Konzepte von Parteibindung und Dealignment erläutert und der vermutete Effekt auf Nichtwahl skizziert. In Kapitel drei folgt der empirische Test der Argumentation anhand von Politbarometer-Umfragedaten. Es kann gezeigt werden, dass die Parteibindungen im Zeitverlauf bei den Arbeitern, im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen, besonders zur Wahlverweigerung tendieren. Der Artikel schließt mit einem Fazit und Ideen für weitere Forschungsprojekte.

#### 2. Theoretische Annahmen zu Nichtwahl aufgrund fehlender Parteibindungen

Im Vergleich zu Lazarsfeld et al. (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1968) führt die Forschergruppe um Angus Campbell (Campbell, Gurin und Miller 1954; Campbell u. a. 1960a) in Ann Arbor Michigan Wahlverhalten nicht auf feste Umwelteinflüsse, sondern auf politische Einstellungen zurück. Das früheste bekannte Werk „The Voter Decides“ (Campbell, Gurin und Miller 1954) bezieht sich auf die Präsidentschaftswahl von 1952.

Das Wahlverhalten dieser landesweiten repräsentativen Stichprobe soll durch individuelle (politische) Einstellungen erklärt werden. Das Forscherteam kann demnach sechs Einstellungsdimensionen bestimmen, welche multikausal einen Effekt auf das Wahlverhalten haben. Die drei Größen „Verbundenheit mit einer politischen Partei“ (Parteibindung), „Zufriedenheit mit den politischen Programmen“ (Issueorientierung) und „Zufriedenheit mit den charakterlichen Eigenschaften der politischen Amtsträger“ (Kandidatenorientierung) bestimmen sie allerdings als die zentralen Einflussfaktoren. Je mehr dieser Faktoren positiv sind, desto wahrscheinlicher wird eine Person am Wahltag darauf reagieren und für die entsprechende Partei votieren.

Campbell et al. (1954; 1960) betrachten Parteien als soziale Großgruppen, denen man sich wie Vereinen oder Religionsgemeinschaften zugehörig fühlen kann. Allerdings ist mit dem Konzept der Parteibindung eine psychologische Mitgliedschaft gemeint, keine formale. Im sozialpsychologischen Ansatz nimmt die Parteibindung eine herausragende Stellung ein. Sie ist eine langfristig stabile Größe und wird in einer

frühen Phase der politischen Sozialisation erworben. Im Laufe des Lebens verfestigt sie sich und ist den beiden anderen (kurzfristigen) Faktoren Issue- und Kandidatenorientierung kausal vorgelagert. Daraus folgend „färbt“ sie die Wahrnehmung der kurzfristigen Größen zugunsten der nahestehenden Partei. Eine Person, die sich einer Partei besonders nahe fühlt, nimmt demzufolge die politischen Positionen zu Sachthemen und die charakterlichen Eigenschaften des Personals in einem besseren, nicht sachlich nüchternen Licht wahr.

Welchen Einfluss hat die Parteibindung auf das Wahlverhalten? Als die determinierende, kausal den anderen beiden kurzfristigen Faktoren vorgelagerte Größe, stimmen in den meisten Ländern die empirischen Befunde mit den Annahmen der Michigan Schule überein. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird demnach der Identifikationspartei auch die Stimme gegeben. Die Wahrscheinlichkeit steigt mit der Stärke der Parteibindung.

Schon das Team um Angus Campbell (Campbell, Gurin und Miller 1954; Campbell u. a. 1960a) hat konstatiert, dass eine tiefe Parteibindung, ganz gleich auf welche Partei sich diese bezieht, die Wahrscheinlichkeit des Urnengangs erhöht. Letztendlich kann festgehalten werden: Je mehr man sich einer Partei verbunden fühlt, desto dringlicher möchte man diese auch am Wahltag mit der Stimmabgabe unterstützen.

Zwar verbreitete sich in der Nachkriegszeit eine Art Grundskepsis gegenüber Parteien im Allgemeinen innerhalb der Bevölkerung, doch kann bis in die 1970er Jahre hinein immer noch von einem „Goldenen Zeitalter“ für Parteien gesprochen werden (Arzheimer 2006). Die CDU/CSU, SPD und die FDP waren von 1961 bis 1983 nicht nur die einzigen Parteien im Bundestag, sie konnten insgesamt auch über 99 Prozent der Wählerstimmen für sich verbuchen. In Anbetracht der Zersplitterung des Parteiensystems in der Weimarer Republik und der Tatsache, dass das Wahlsystem der Bundesrepublik ein proportionales ist, erscheinen die Zahlen umso erstaunlicher. Waren in dieser Zeit die Bindungen zwischen Wählern und Parteien noch recht stabil, lockerten sie sich im Zeitverlauf immer weiter auf.

Zum Dealignment hat sich in der Forschungsliteratur letztendlich ein Theoriestrang herausgebildet, welcher am prominentesten ist und unter dem Begriff der „Mobilisierung“ gefasst werden kann. Rosenstone und Hansen (Rosenstone und Hansen 1993a) argumentieren in ihrer Analyse, dass die Mobilisierung von gesellschaftlichen Großgruppen (Lipset und Rokkan

1967) und insbesondere der bildungsschwachen Arbeiterklasse durch (linke) Arbeiterparteien und andere Organisationen wie Gewerkschaften im Zeitverlauf drastisch abgenommen hat. Eine solche Mobilisierung würde demnach die „Kosten“ (Downs 1957) für den Wahlgang (insbesondere Informations- und Entscheidungskosten) verringern, indem Parteien und Gewerkschaften zum Beispiel freie und einfach zu verstehende Informationen (in Form von Wahlempfehlungen etc.) den Wählern zur Verfügung stellen (Gallego 2009). Solche Informationen würden vor allem den Menschen aus der unteren sozialen Schicht bzw. der Arbeiterschicht zugutekommen. Zwar weisen auch die beiden Autoren darauf hin, dass die Kosten für die Stimmabgabe nicht wirklich hoch seien. Allerdings würden bei Menschen mit sehr geringer Ressourcenausstattung (Verba, Schlozman und Brady 1995) schon sehr niedrige Hürden viel zu hoch sein. Neben dem Bereitstellen von einfach zu verstehenden Informationen basiert die Mobilisierung durch Parteien und Gewerkschaften vor allem auch auf Bildung einer gemeinsamen Identität und Solidarität füreinander, was die (betreffenden) Menschen zur Stimmabgabe motiviert.

Abgenommen hat die Großgruppen-Mobilisierung aus zweierlei Gründen: Zum einen sind die klassischen linken Arbeiterparteien im Zeitverlauf immer mehr zur politischen Mitte gerückt (Debus und Müller 2013). Dies hat beim typischen Wählerklientel (den Arbeitern) zu einer Orientierungslosigkeit auf dem Parteienmarkt geführt. Zum anderen schrumpft der klassische Arbeitersektor zugunsten eines Dienstleistungssektors (Gattig 2006). Daraus resultiert wiederum ein Zeretzungsprozess der traditionellen Verbindungen zwischen der Arbeiterklasse und den zugehörigen politischen Vertreterparteien (Arzheimer 2006). Gallego (Gallego 2010) und (mit osteuropäischen Daten) Northmore-Ball (Northmore-Ball 2016) haben sich im Rahmen ihrer Analysen den theoretischen Annahmen der Großgruppen-Mobilisierung durch Parteien und Gewerkschaften angenommen. Insgesamt können sie Effekte einer Mobilisierung nachweisen.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Ein weiterer Theoriestrang konzentriert sich auf eine andere „Großgruppe“ der Nichtwähler: Den jungen Menschen. Inglehart (R. Inglehart 1977; R. F. Inglehart 2008) und Dalton (1984; 2012) führen diesen Trend auf einen gesellschaftlichen Wertewandel und eine zunehmende Individualisierung in den entwickelten Industrienationen zurück. Typisch materielle Bedürfnisse wie (politische) Sicherheit, Geld und der Erhalt der politischen Grundordnung würden durch immaterielle Werte wie persönliche Selbstverwirklichung und Gleichstellung der Frauen ersetzt. Junge Menschen interessieren sich demnach wohl noch für Politik, partizipieren aber lieber direkter und kritischer auf alternativen Wegen. Die Beteiligung durch Wahlen wird nicht mehr als eine gefühlte demokratische Bür-

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass gesellschaftliche Transformationsprozesse zu einer zunehmenden Orientierungs- und Bindungslosigkeit einer gesellschaftlichen Schicht geführt haben. Die Umorientierung zur politischen Mitte ehemals linker Arbeiterparteien und ein Schrumpfen der Arbeiterklasse haben zu einem Verlust der Parteibindung innerhalb der verbleibenden oder ehemaligen, bildungsschwachen Arbeiterschicht geführt. Das Fehlen einer Parteibindung wirkt sich wiederum negativ auf die Wahlbereitschaft aus und der negative Einfluss verstärkt sich sogar mit der Zeit. Somit kann durch das Dealignment das stetige Absinken der Beteiligungsraten in der bildungsschwachen Bevölkerungsschicht bei Bundestagswahlen erklärt werden. Im folgenden Kapitel wird diese Vermutung anhand von Umfragedaten empirisch getestet.

### 3. Empirischer Gegenstandsbereich

#### 3.1. Daten

In diesem Artikel wird argumentiert, dass der stetige Beteiligungsrückgang bei Bundestagswahlen primär auf ein Wegbrechen der klassischen Parteibindung im bildungsfernen Elektorat zurückzuführen ist. Um diese Annahme empirisch zu prüfen, werden Umfragedaten des deutschen Politbarometers analysiert.

Der Politbarometer startete im Januar 1977, die Variable „Parteibindung“ wurde fast von Anfang an, ab März desselben Jahres, abgefragt. Vor 1988 wurden die Respondenten via Face-To-Face-Interviews befragt, seit 1988 finden die Befragungen telefonisch statt. Die Methoden der repräsentativen Stichprobenziehung wurden ebenfalls mehrmals geändert. Die Daten des Politbarometers werden im Durchschnitt alle vier Wochen durch die *Forschungsgruppe Wahlen e.V.* erhoben. Seit 1998 werden sie in den Sommermonaten regelmäßig einmal ausgesetzt, in Wahljahren finden wiederum zusätzliche Erhebungen statt. Insgesamt finden jährlich etwa elf bis 14 Erhebungen statt (Arzheimer 2006). Das Gesis-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) bereitet die Daten auf und stellt sie der interessierten, wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung. Im Rahmen dieses Artikels stützt sich die Analyse auf die bisher aktuellste Jahreskumulation von 1977 bis 2014.

gerpflicht (Wahlnorm) betrachtet. Zahlreiche Autoren (A. Blais und Rubenson 2013; Fieldhouse, Tranmer und Russell 2007; Rubenson u. a. 2004) haben diese theoretischen Annahmen getestet und können einen Zusammenhang nachweisen. Anders argumentiert wiederum Franklin (Franklin 2004), der keinen Wertewandel, sondern einen kontextbedingten Generationeneffekt für die sinkende Wahlbeteiligung verantwortlich sieht.

#### 3.2. Analyse

Es wird vermutet, dass die Identifikation mit einer politischen Partei im Elektorat im Zeitverlauf abgenommen hat und dies unter den Arbeitern besonders deutlich ist. Darüber hinaus wird vermutet, dass die fehlende Parteibindung einen Großteil der abnehmenden Wahlbeteiligung in der (bildungsschwachen) Arbeiterschicht erklärt und der negative Effekt mit der Zeit stärker wird. Um diese Annahme zu testen, wird die zeitliche Entwicklung der Variable V72 näher betrachtet. Dieser Indikator informiert über die subjektiv empfundene Parteineigung (Parteibindung) der befragten Personen. Es wird explizit gefragt, ob die Befragten sich einer bestimmten politischen Partei besonders zugehörig fühlen. Eine faktische Parteimitgliedschaft ist in diesem Zusammenhang nicht von Interesse. Für die weiteren Analysen wird V72 in eine binäre Variable mit den Kategorien 1 = „Ja. Parteibindung vorhanden“ und 0 = „Nein. Parteibindung nicht vorhanden“ umcodiert<sup>3</sup>.

In Abbildung 1 und Abbildung 2 werden die durchschnittlichen Jahreswerte der subjektiv empfundenen Parteibindungen dargestellt. Da in diesem Artikel die Parteibindungen der Arbeiter im Fokus stehen, werden die durchschnittlichen Prozentwerte der Parteigebundenen, getrennt nach Berufsgruppen, dargestellt. In der ersten Abbildung ist das Dealignment unter den Arbeitern dargestellt. In der Zweiten sind die anderen Berufssparten zusammengefasst, die nicht zu den Arbeitern zugezählt werden<sup>4</sup>.

Die Unterschiede zwischen den Arbeitern und den anderen Berufsgruppen sind insgesamt deutlich erkennbar, nehmen aber im Zeitverlauf zu. Konform zu den theoretischen Erwartungen gab es Ende der 1970er Jahre bis zur Mitte der 1980er Jahre keine großen Unterschiede hinsichtlich der Parteibindungen zwischen den verschiedenen Berufsklassen. 1980 lag die Quote der Parteigebundenen bei den Arbeitern und den anderen Berufsgruppen bei knapp 80 Prozent und erreichte damit den Höchststand<sup>5</sup>. Danach sank der Anteil der Parteigebundenen stetig. 1989 gaben knapp ca. 70 Prozent der Befragten an,

<sup>3</sup> Im Rahmen empirischer Arbeiten ist das Umcodieren der Rohvariablen im Datensatz üblich. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden die einzelnen Schritte hier nicht beschrieben, die Do-Files mit den Stata-Codes können aber beim Autor erfragt werden.

<sup>4</sup> Eine weitere Unterteilung der Berufsgruppen wäre zwar durchaus informativ, steht aber nicht im Fokus dieser Analyse und würde den Rahmen des Artikels sprengen.

<sup>5</sup> Es wird vermutet, dass der Anteil der Parteigebundenen in der Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre ähnlich hoch war. Leider messen die Umfragen des Politbarometers erst seit 1977.

Abbildung 1:

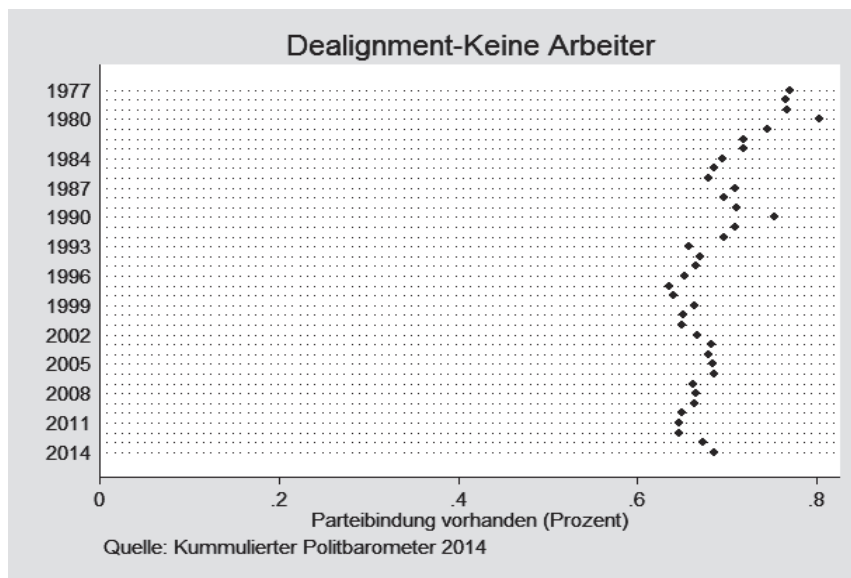
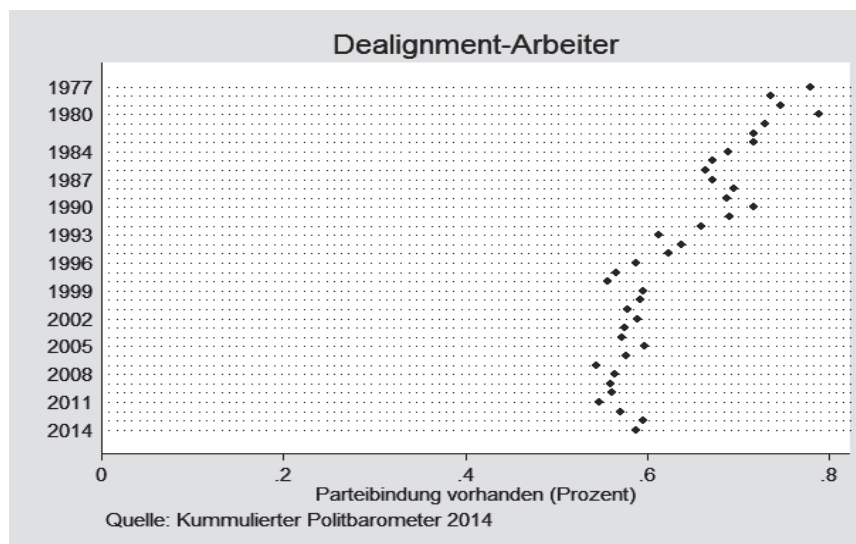


Abbildung 2:



sich einer speziellen politischen Partei besonders nahe zu fühlen. Im Jahr der Wiedervereinigung 1990 kam es zu einem deutlichen, aber nur auf 1990 begrenzten Anstieg der gefühlten Parteibindungen. Bei den Arbeitern stieg dieser auf knapp 72 Prozent, in den anderen Berufsgruppen ca. 76 Prozent. Pappi und Shikano (Pappi und Shikano 2015) begründen dies mit einer gestiegenen Euphorie und Zufriedenheit mit den politischen Parteien in Deutschland. Ein deutlicher Rückgang der Parteibindungen ist, über alle Berufsgruppen hinweg, nach der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 zu erkennen. Im Jahr 1996 gaben nur noch knapp 58 Prozent der Arbeiter an, einer Partei nahe zu stehen. Das sind 14 Prozent weniger im Vergleich zum Jahr der Einigung 1990. In den an-

deren Berufsgruppen sank zwischen 1990 und 1996 die Zahl der Parteigebundenen um knapp 10 Prozent auf einen Wert von ca. 66 Prozent ab.

Nach 1996 kam es in den anderen Berufsgruppen zu einem geringen Anstieg der Parteigebundenen von wenigen Prozentpunkten, welcher bis zum Jahr 2006 (ca. 69 Prozent) anhielt. Danach sank die Zahl der Parteigebundenen wieder leicht ab und erreichte im Jahr 2012 mit knapp 65 Prozent einen weiteren Tiefpunkt. In den Jahren 2013 und 2014 stieg die Zahl der Parteigebundenen wiederum um vier Prozentpunkte auf knapp 69 Prozent an. Insgesamt lässt sich für die Berufsgruppen außer den Arbeitern konstatieren, dass die Parteibindungen nach der deutschen Wiedervereinigung zwar abgenommen haben, sich

aber letztendlich auf einem relativ gleichbleibend hohen Niveau eingependelt haben.

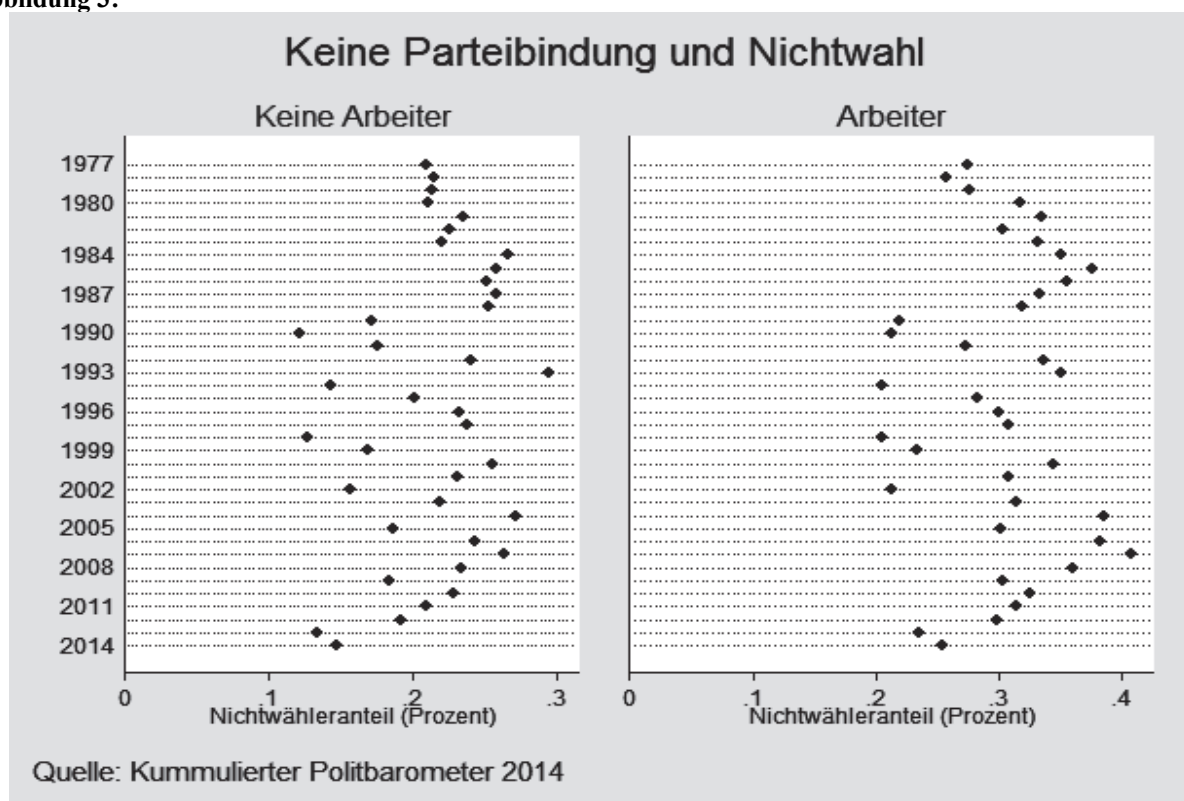
Ein völlig anderes Bild zeigt sich bei den Arbeitern. Hier ist der Negativverlauf der Parteibindungen weitaus deutlicher als in den anderen Berufsgruppen. 1998 gaben nur noch knapp 56 Prozent der Arbeiter an, einer bestimmten politischen Partei nahe zu stehen. Bis zum Jahr 2006 stieg die Zahl der Parteigebundenen zwar (wellenförmig) um wenige Prozentpunkte an (ca. 58 Prozent). Im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen ist dieser Anstieg aber weitaus schwächer und bewegt sich mit einem Unterschied von elf Prozent (zu den anderen Berufsgruppen im

werden kann. Dieses Dealignment ist bei den Arbeitern im Vergleich besonders deutlich zu erkennen.

Im Rahmen dieses Artikels wird vermutet, dass das Dealignment einen negativen Einfluss auf die Wahlbereitschaft der Arbeiter hat. Aufgrund fehlender Mobilisierungsprozesse (Rosenstone und Hansen 1993a) und der daraus resultierenden Orientierungslosigkeit neigen parteiungebundene Arbeiter zunehmend zu Nichtwahl. Diese Annahme wird im Folgenden getestet.

In der folgenden Abbildung 3 werden die Anteile der Nichtwähler ohne Parteibindungen in den verschiedenen Berufsgruppen gegenübergestellt.

Abbildung 3:



Jahr 2006) insgesamt auf einem weitaus niedrigerem Niveau. Nach 2006 blieb die Zahl der parteigebundenen Arbeiter in etwa konstant und erreichte 2012 einen Wert von knapp 57 Prozent. Im Jahr 2014 gaben ca. 59 Prozent der Arbeiter an, dass sie sich einer bestimmten politischen Partei nahe fühlen. Zehn Prozent weniger als in den anderen Berufsgruppen.

Ähnlich wie bei Arzheimer (Arzheimer 2006) kann konstatiert werden, dass im gesamten deutschen Elektorat kein drastisches, aber trotzdem ein konstantes Sinken der Parteibindungen im Zeitverlauf beobachtet

Es ist deutlich erkennbar, dass, unabhängig vom Zeitraum der Befragungen, Arbeiter ohne Parteibindungen eher zu Nichtwahl neigen als Angehörige anderer Berufsgruppen. 1977 gaben knapp 28 Prozent der parteiungebundenen Arbeiter an, bei der nächsten Bundestagswahl nicht wählen zu wollen. Von den Angehörigen der anderen Berufsklassen waren es nur ca. 21 Prozent. Bis zur deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 blieb dieses Muster bestehen. Auch in den anderen Berufsklassen, bei den Arbeitern aber um einiges deutlicher, tendierten die Mitglieder ohne Parteibindungen dazu, die Stimme bei der nächsten Wahl

nicht abgeben zu wollen. 1985 lag der Anteil in den Berufsgruppen außer den Arbeitern bei knapp 26 Prozent und bei den Arbeitern sogar bei knapp 38 Prozent. 1990 sank der Anteil der Nichtwähler in den anderen Berufsgruppen auf ca. 12 Prozent und bei den Arbeitern auf 22 Prozent. Nach der Wiedervereinigung stieg der Anteil der wahlmüden Parteiungebundenen in beiden Lagern stetig an, bei den Arbeitern allerdings erneut am deutlichsten. Lag der Anteil im Jahr 2004 in den anderen Berufsgruppen bei ca. 27 Prozent, gaben wiederum knapp 39 Prozent der Arbeiter ohne Parteibindungen an, bei der nächsten Wahl auf die Stimmabgabe verzichten zu wollen. Bis zum Jahr 2011 sank der Anteil der parteiungebundenen Nichtwähler wieder über alle Berufsgruppen hinweg. Knapp 21 Prozent in den anderen Berufsgruppen und ca. 30 Prozent der Arbeiter gaben an, sich sowohl keiner politischen Partei nahe zu fühlen, als auch bei der nächsten Wahl nicht wählen zu wollen. In den Jahren 2013 und 2014 sank abermals, über alle Berufsgruppen hinweg, der Anteil der Nichtwähler ohne Parteibindungen. Mit etwas mehr als 25 Prozent ist der Anteil bei den Arbeitern gegenüber den anderen Berufsgruppen um mehr als zehn Prozent erhöht (15 Prozent). Ein großer Teil der Befragten fühlte sich nicht nur wieder einer Partei verbunden (Abbildungen 1 und 2), sondern war auch geneigt, diese bei der nächsten Bundestagswahl wählen zu wollen<sup>6</sup>.

Sozialwissenschaftliche Zusammenhänge sind in den seltensten Fällen monokausal erklärbar. Wie schon erläutert, ist die Beteiligung an politischen Wahlen von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren abhängig. Um dennoch den alleinigen negativen Einfluss fehlender Parteibindungen auf die Beteiligungswahrscheinlichkeit bei Wahlen sichtbar zu machen, sind neben bivariaten Analysen multivariate Verfahren notwendig. Die binäre abhängige Variable „Nichtwahl“ erfordert ein logistisches Regressionsmodell (auch Logit-Modell genannt). Logistische Regressionsmodelle verfolgen wie lineare Einfachregressionen das Ziel, eine abhängige Variable in einem möglichst hohen Ausmaß (statistisch) mit meist mehreren unabhängigen Variablen zu erklären. Logit-Modelle unterscheiden sich von linearen Regressionsmodellen allerdings durch ihre Nichtlinearität. Einflüsse von unabhängigen Größen können nicht direkt an der abhängigen Größe quantifiziert werden, sondern bezie-

hen sich auf die Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Ereignisses der abhängigen Variablen. Finden Umfragedaten bzw. Bevölkerungsstichproben für die Berechnungen Verwendung, wird versucht, Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit zu ziehen (Long 1997; Hosmer und Lemeshow 2000). Für diesen Artikel liegt das Fragebogenitem „Wahlbeteiligung“ mit den beiden Kategorien „Wahl“ und „Nichtwahl“ als abhängige Variable vor. Mit dem hier verwendeten logistischen Regressionsmodell wird demnach geschätzt, inwiefern sich die Befragten von einer fehlenden Parteibindung und von den weiteren unabhängigen Kontrollvariablen in ihrer Entscheidung, nicht wählen zu gehen, beeinflussen lassen. Um sicherzustellen, dass sich der Effekt einer fehlenden Parteibindung nicht durch die Einflüsse anderer, oftmals unbekannter Größen erklären lässt, werden die in der Literatur üblichen Kontrollvariablen in das Modell mit eingeführt. Diese von den anderen unabhängigen Variablen im Modell bereinigten Einflüsse werden in Tabelle 1 als Logitkoeffizienten dargestellt. Eine Interpretation über die Richtung und Signifikanz der Koeffizienten ist nicht gewinnbringend (Best und Wolf 2012), demnach beschränkt sich die Interpretation darauf.

**Tabelle 1: Logit-Modelle**

	(1)	(2)
	Nichtwahl	Nichtwahl
Arbeiter	0.21*** (0.019)	0.18*** (0.025)
Parteibindung	-0.98*** (0.016)	-1.01*** (0.019)
Alter	-0.012*** (0.0035)	-0.012*** (0.0035)
Bildung	-0.66*** (0.022)	-0.66*** (0.022)
Religiosität	-0.20*** (0.0058)	-0.20*** (0.0058)
Politikinteresse	-0.77*** (0.012)	-0.77*** (0.012)
Interaktion		0.080* (0.036)
_cons	1.75*** (0.045)	1.76*** (0.045)
pseudo R <sup>2</sup>	0.129	0.129
AIC	105348.6	105345.7
N	164405	164405

Anmerkungen: Standardfehler in Klammern; \*signifikant auf Fünf-Prozent-Niveau ( $p < 0.05$ ), \*\*signifikant auf Ein-Prozent-Niveau ( $p < 0.01$ ), \*\*\*signifikant auf 0,1-Prozent-Niveau ( $p < 0.001$ )

Quelle: Kummulierter Politbarometer 2014

<sup>6</sup> Ein Vergleich mit den Rohdaten ergab, dass die Befragten angaben, sich einer „anderen“ nicht als Antwortkategorie in der Befragung aufgeführten Partei verbunden fühlten. Es wird vermutet, dass es sich bei der nicht näher kategorisierten Partei um die AFD handelt.

Im ersten Schritt werden Parteibindung und der Arbeiterstatus in das Modell (Modell 1) aufgenommen. Die beiden Indikatoren verhalten sich hinsichtlich ihrer Signifikanz und Richtung im Modell gemäß den theoretischen Erwartungen. Arbeiter tendieren eher zu Nichtwahl als die anderen Berufsgruppen. Und fühlen sich die Befragten, unabhängig ihrer Berufsgruppe, einer bestimmten politischen Partei nahe, dann senkt das ebenfalls die Nichtwahlwahrscheinlichkeit.

Um das Argument dieses Beitrags von konkurrierenden theoretischen Annahmen abzugrenzen und um den alleinigen Einfluss von Arbeiterstatus und Parteibindung auf die Wahlwahrscheinlichkeit statistisch abzusichern, werden im zweiten Schritt die jeweiligen (in der Forschungsliteratur üblichen) Kontrollvariablen in das Modell aufgenommen. Auch diese verhalten sich hinsichtlich Signifikanz und Richtung konform zu den theoretischen Annahmen<sup>7</sup>.

Wie Goerres (2007) konstatiert, steigt die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung mit dem Lebensalter an. Der gleiche Alterseffekt kann auch im Rahmen dieser Analyse bestätigt werden. Schon Campbell et al. (1960b; 1954) gingen davon aus, dass religiöse Menschen für soziale Normen besonders empfänglich sind und eher dazu neigen, ihre Stimme abzugeben, als weniger religiöse Menschen. Diesen Befund kann auch Blais (2000) in seiner Analyse bestätigen und er findet sich auch in den Berechnungen dieses Artikels wieder. Das politische Interesse und die (formale) Bildung haben ebenfalls einen negativen Einfluss auf die Nichtwahlwahrscheinlichkeit. Durch das Kontrollieren der Bildungsvariable wird sichergestellt, dass bei Arbeitern nicht der oftmals auch vorhandene niedrige Bildungsgrad als Drittvariable für den Einfluss auf die Nichtwahl verantwortlich ist, sondern, wie im Rahmen dieses Artikels angenommen, die Berufsgruppe der Arbeiter. Der Bildungseffekt wird somit im Modell rausgerechnet und der alleinige Effekt der Zugehörigkeit zur Gruppe der Arbeiter dargestellt. Je mehr sich die befragten Personen für Politik interessieren und je höher der formale Bildungsabschluss ist, den sie innehaben, desto unwahrscheinlicher wird für sie, dass sie die Stimme bei der nächsten Bundestagswahl verweigern.

Anhand der Gütekriterien ist erkennbar, dass der Anteil erklärter Varianz durch Aufnahme der Kontroll-

variablen ins Modell eine beachtliche Größe hat. Die beiden für die Fragestellung zentralen Variablen Parteibindung und Arbeiterstatus ändern sich hinsichtlich ihrer Effektstärken nur unwesentlich und bleiben hinsichtlich ihrer Signifikanz unverändert.

Im Fokus dieser Analyse steht die Vermutung, dass die sinkenden Beteiligungsraten bei Bundestagswahlen zum Teil durch ein Dealignment bei den Arbeitern erklärt werden kann. Es wird vermutet, dass der Effekt einer fehlenden Parteibindung bei Arbeitern stärker ausfällt als in den anderen Berufsgruppen. Folglich wird unterstellt, dass der Einfluss der unabhängigen Variable Parteibindung auf die abhängige Variable Nichtwahl mit den Kategorien der anderen unabhängigen Variable Arbeiter variiert. Um diese Vermutung zu testen, wird Parteibindung mit der Variable Arbeiter interagiert und in Schritt zwei in das Modell (Modell 2) mit aufgenommen. Der Interaktionsterm ist signifikant und die Gütekriterien informieren darüber, dass die Erklärungskraft des Modells durch die Aufnahme steigt und der Anteil an erklärter Varianz zunimmt. Die Variablen Arbeiter, Parteibindung und die Kontrollvariablen bleiben hinsichtlich ihrer Richtung und Signifikanz gleich.

Regressionsmodelle mit Interaktionstermen sind für eine einfache Interpretation anhand der Koeffizienten oftmals zu komplex. Abhilfe schaffen hier Visualisierungsmöglichkeiten von vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der abhängigen Variable Nichtwahl. In Abbildung 4 ist ein solcher „Conditional-Effect-Plot“ (Jaccard 2001; Bauer 2010; Long und Freese 2014) der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für Nichtwahl dargestellt.

Abbildung 4 bestätigt die bivariaten Ergebnisse und verdeutlicht die Schlussfolgerungen anhand der Koeffizienten aus dem Regressionsmodell.

Es ist abzulesen, dass der Effekt einer fehlenden Parteibindung zwischen den Berufsgruppen variiert. Bei Arbeitern fällt dieser weitaus deutlicher als in den anderen Berufsgruppen aus. In der Gruppe der anderen Berufsgruppen führt die Parteibindung zu einer fast sicheren Wahlteilnahme. Die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl ist bei diesen Personen fast Null. Wenn die Befragten allerdings angeben, dass sie sich keiner politischen Partei verbunden fühlen, steigt auch die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl. So liegt die Wahrscheinlichkeit der Wahlverweigerung unter den Parteiungebundenen in den anderen Berufsgruppen bei knapp 0.16.

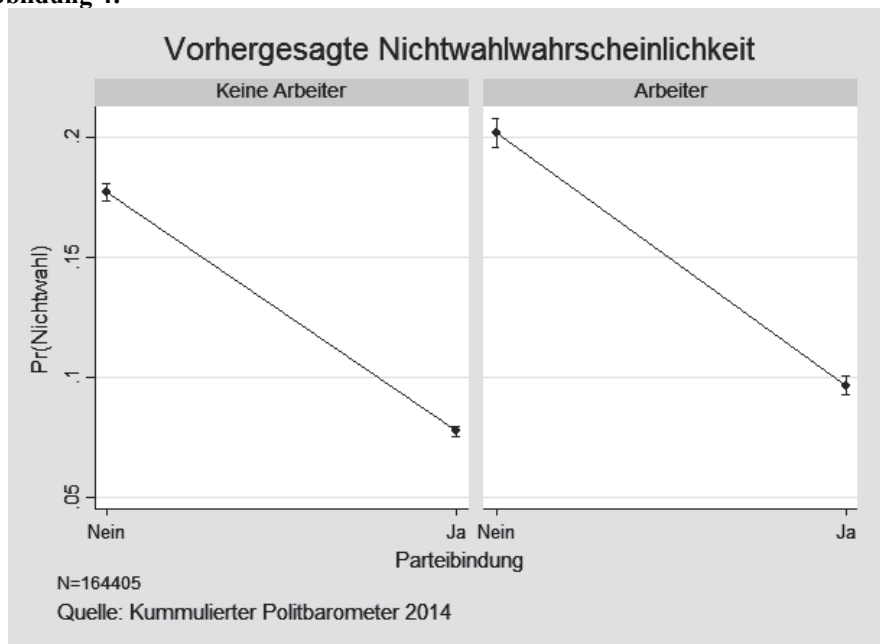
Bei den Arbeitern fällt der Effekt weitaus stärker aus. Es ist erkennbar, dass Arbeiter, die sich einer

<sup>7</sup> Eine hohe Fallzahl in der Stichprobe begünstigt bei Regressionsmodellen die Signifikanzen der Koeffizienten. Robustheitstest mit Sub-Samples und weitaus weniger Fallzahlen haben aber zu den gleichen Ergebnissen geführt.



Partei zugehörig fühlen, mit nur einer niedrigen Wahrscheinlichkeit von 0.09 auf ihre Stimmabgabe verzichten. Im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen ist die Wahrscheinlichkeit demnach etwas erhöht, aber ähnlich niedrig. Geben Arbeiter allerdings an, sich keiner politischen Partei nahe zu fühlen, steigt die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl deutlich an und erreicht einen Wert von über 0.2. Demzufolge kann im Rahmen dieser Analyse konstatiert werden, dass Arbeiter bei fehlender Parteibindung im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen besonders anfällig für Nichtwahl sind.

Abbildung 4:



#### 4. Fazit und Schlussfolgerungen

Seit Mitte der 1980er Jahre befinden sich die Beteiligungsraten bei deutschen Bundestagswahlen in einem Sinkflug und die Politikwissenschaft ist sich über die Gründe uneins. Gaben bei der Bundestagswahl 1983 noch knapp 90 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, waren es 2013 nur noch rund 70 Prozent. Anhänger von Mobilisierungstheorien (Rosenstone und Hansen 1993b) sehen fehlende Mobilisierungsstrategien von politischen Parteien in Richtung des Elektorats dafür verantwortlich. Sie vermuten, dass gesellschaftliche Wandlungsprozesse wie die De-Industrialisierung, ein Wechsel zum Dienstleistungssektor sowie die politische Neuausrichtung ehemals linker Arbeiterparteien zu einem Verlust der traditionellen Parteien-Wähler-Verbindungen und somit zu einem Verlust der (gefühlten) Parteibindungen (Dealignment) bei den Arbeitern

geführt haben. Dieser Befund wurde in zahlreichen Analysen bestätigt (Arzheimer 2006), der Brückenschlag zu Nichtwahl allerdings bisher unterlassen.

An diesem Punkt hat dieser Beitrag angesetzt. Es wurde vermutet, dass die niedrige Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen seit Mitte der 1980er Jahre zu einem großen Teil durch die fehlenden Parteibindungen der Arbeiter erklärt werden können. Mit bivariaten und multivariaten Analysen konnte diese Vermutung bestätigt werden. Es zeigt sich im Vergleich zwischen den unterschiedlichen Berufsgruppen, dass vor allem Arbeiter ohne Parteibindungen zu Nichtwahl neigen.

Der Zusammenhang zwischen dem Dealignment in der Gruppe der Arbeiter und der niedrigen Wahlbeteiligung wurde bislang nur mit den Daten des Politbarometers nachgewiesen. Mit weiteren Studien müsste geprüft werden, ob sich dieser Zusammenhang auch bei anderen Wahlen oder in anderen Ländern nachweisen lässt. Darüber hinaus sollte der Zusammenhang zwischen dem Dealignment bei den Arbeitern und Nichtwahl im Rahmen weiterer Analysen, mit umfangreicheren

Umfragedaten, präziser untersucht werden. In der hier vorliegenden Analyse deuteten erste Hinweise darauf hin, dass die AfD es schafft, vor allem das Wählerklientel aus der Arbeiterschicht an sich zu binden. Weiterführende Studien sollten diese Verbindung näher durchleuchten.

#### Literaturverzeichnis

- Arzheimer, Kai. 2006. „‘Dead men walking?’ Party identification in Germany, 1977–2002.“ *Electoral Studies* 25 (4): 791–807.
- Bauer, Gerrit. 2010. „Graphische Darstellung regressionsanalytischer Ergebnisse.“ In *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, herausgegeben von Christof Wolf und Henning Best, 1. Aufl., 905–27. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.

- Best, Henning, und Christof Wolf. 2012. „Modellvergleich und Ergebnisinterpretation in Logit- und Probit-Regressionen.“ *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64 (2): 377–95. doi:10.1007/s11577-012-0167-4.
- Blais, André. 2000. *To Vote Or Not To Vote*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Blais, A., und D. Rubenson. 2013. „The Source of Turnout Decline: New Values or New Contexts?“ *Comparative Political Studies* 46 (1): 95–117. doi:10.1177/0010414012453032.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. 1960a. *The American Voter*. Chicago; London: The University of Chicago Press.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. 1960b. *The American Voter*. Chicago; London: The University of Chicago Press.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller. 1954. *The voter decides*. Westport; Conn.: Row, Peterson. <http://www.worldcat.org/oclc/267276>.
- Dalton, Russell J. 1984. „Cognitive mobilization and partisan dealignment in advanced industrial democracies.“ *The Journal Of Politics* 46: 264–84.
- Dalton, Russell J. 2012. „Apartisans and the changing German electorate.“ *Electoral Studies* 31 (1): 35–45. doi:10.1016/j.electstud.2011.06.005.
- Debus, Marc, und Jochen Müller. 2013. „The Programmatic Development of CDU and CSU since Reunification: Incentives and Constraints for Changing Policy Positions in the German Multi-Level System.“ *German Politics* 22 (1-2): 151–71. doi:10.1080/09644008.2013.787594.
- Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory Of Democracy*. New York: Harper & Row. <http://www.worldcat.org/oclc/4209578>.
- Fieldhouse, Edward, Mark Tranmer und Andrew Russell. 2007. „Something about young people or something about elections? Electoral participation of young people in Europe: Evidence from a multilevel analysis of the European Social Survey.“ *European Journal of Political Research* 46 (6): 797–822. doi:10.1111/j.1475-6765.2007.00713.x.
- Franklin, Mark N. 2004. *Voter turnout and the dynamics of electoral competition in established democracies since 1945*. Cambridge; UK; New York: Cambridge University Press. <http://www.worldcat.org/oclc/52375141>.
- Gallego, Aina. 2009. „Where Else Does Turnout Decline Come From? Education, Age, Generation and Period Effects in Three European Countries.“ *Scandinavian Political Studies* 32 (1): 23–44. doi:10.1111/j.1467-9477.2008.00212.x.
- Gallego, Aina. 2010. „Understanding unequal turnout: Education and voting in comparative perspective.“ *Electoral Studies* 29 (2): 239–48. doi:10.1016/j.electstud.2009.11.002.
- Gattig, Alexander. 2006. „Klasseneinflüsse auf das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung.“ *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58 (3): 510–33. doi:10.1007/s11575-006-0108-4.
- Goerres, Achim. 2007. „Why are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe.“ *The British Journal of Politics and International Relations* 9 (1): 90–121. doi:10.1111/j.1467-856x.2006.00243.x.
- Hosmer, David W., und Stanley Lemeshow. 2000. *Applied Logistic Regression*. 2. Aufl. Wiley series in probability and statistics. Texts and references section. New York: Wiley. <http://www.worldcat.org/oclc/43929859>.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The silent revolution*. Princeton; Guildford: Princeton University Press. <http://www.worldcat.org/oclc/780446988>.
- Inglehart, Ronald F. 2008. „Changing Values among Western Publics from 1970 to 2006.“ *West European Politics* 31 (1-2): 130–46. doi:10.1080/01402380701834747.
- Jaccard, James. 2001. *Interaction effects in logistic regression*. Bd. 135. Quantitative applications in the social sciences. Thousand Oaks; Calif: Sage Publications. <http://www.worldcat.org/oclc/45059074>.
- Lamers, Patrick, und Siegrid Roßteutscher. 2014. „Die Wahlbeteiligung.“ In *Zwischen Fragmentierung und Konzentration. Die Bundestagswahl 2013*, herausgegeben von Rüdiger Schmitt-Beck, Hans Rattinger, Siegrid Roßteutscher, Bernhard Weßels und Christof Wolf, 119–31. Nomos-Verlag. Y:\Martin Althoff\Dissertation\Citavi – Benutzerdateien\Projects\Martin Althoff - Dissertation\Citavi Attachments\Lamers;Roßteutscher.pdf.
- Lazarsfeld, Paul Felix, Bernard Reuben Berelson, und Hazel Gaudet. 1968. *The people's choice*. 3. Aufl. New York [etc.]: Columbia University Press. <http://www.worldcat.org/oclc/780457629>.
- Lijphart, Arend. 1997. „Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma.“ *American Political Science Review* 91 (1): 1–14.

Lipset, Seymour Martin, und Stein Rokkan. 1967. „Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction.“ *Party Systems and Voter Alignments: Cross - National Perspectives*, 1–64.

Long, J. Scott. 1997. *Regression models for categorical and limited dependent variables*. Bd. 7. Advanced quantitative techniques in the social sciences. Thousand Oaks: Sage Publications. <http://www.worldcat.org/oclc/35627509>.

Long, J. Scott, und Jeremy Freese. 2014. *Regression models for categorical dependent variables using Stata*. 3. Aufl. College Station; Tex: StataCorp LP. <http://www.worldcat.org/oclc/62464715>.

Northmore-Ball, Ksenia. 2016. „Increasingly unequal turnout in Eastern European new democracies.“ *Electoral Studies* 42: 188–200. doi:10.1016/j.electstud.2016.01.012.

Pappi, Franz Urban, und Susumu Shikano. 2015. „Die politisierte Sozialstruktur als mittelfristig stabile Basis einer deutschen Normalwahl [2002].“ In *Politisierte Sozialstruktur und Wählerverhalten bei Bundestagswahlen*, 214–50. Köln: GESIS.

Rosenstone, Steven J., und John Mark Hansen. 1993a. *Mobilization, participation, and democracy in America*. New topics in politics. New York: Macmillan Pub. Co. <http://www.worldcat.org/oclc/26850880>.

Rosenstone, Steven J., und John Mark Hansen. 1993b. *Mobilization, participation, and democracy in America*. New topics in politics. New York: Macmillan Pub. Co. <http://www.worldcat.org/oclc/26850880>.

Rubenson, Daniel, André Blais, Patrick Fournier, Elisabeth Gidengil, und Neil Nevitte. 2004. „Accounting for the Age Gap in Turnout.“ *Acta Politica* 39 (4): 407–21. doi:10.1057/palgrave.ap.5500079.

Schäfer, Armin. 2011. „Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?“ In *Der unbekannte Wähler. Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, herausgegeben von Evelyn Bytzeck und Siegrid Roßteutscher, 1. Aufl., 133–54. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, und Henry E. Brady. 1995. *Voice and equality*. Cambridge; Mass: Harvard University Press. <http://www.worldcat.org/oclc/32508440>.